



**Monika Lazar**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

## **Rechtsextremismus in Deutschland – Analyse und Gegenstrategien - Stand Mai 2007 -**

### **Lageanalyse**

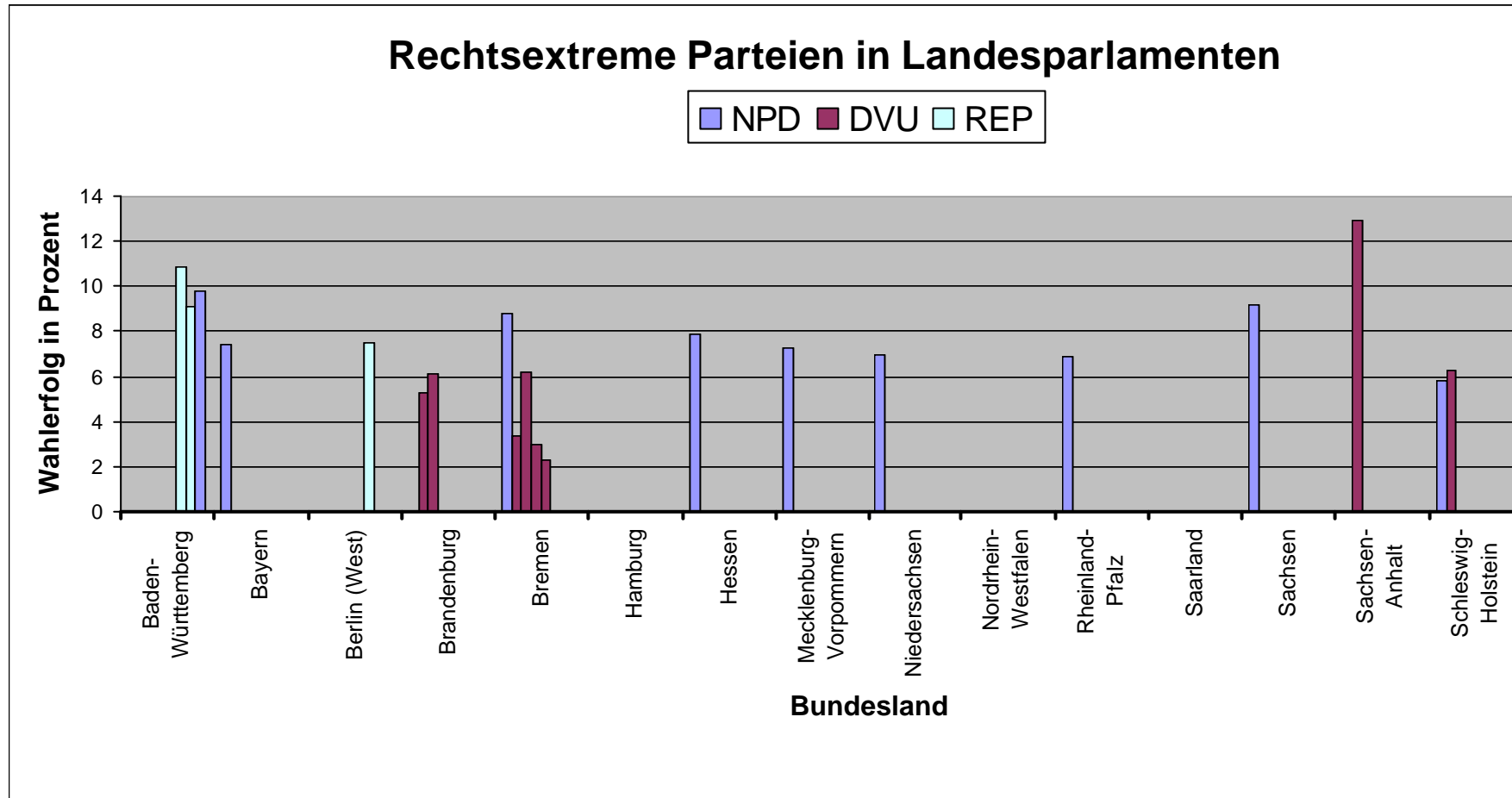
Rechtsextreme Parteien sind in vier Landesparlamenten vertreten – die Deutsche Volksunion (DVU) in Bremen und Brandenburg, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt 17 Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zogen rechtsextreme Parteien in deutsche Landtage ein. Zählt man die Einzüge der DVU in Bremen mit, die aufgrund einer Sonderregelung ohne Überwinden der Fünf-Prozent-Hürde erfolgen konnten, sind es bereits 20 Mal. Auch in Kommunalparlamenten wurden zahlreiche rechtsextreme Politiker gewählt. In den Bundestag haben es rechtsextreme Parteien bisher nicht geschafft. Am knappsten verfehlte ihn im Jahr 1969 die NPD mit 4,3 Prozent der Stimmen. 1989 waren die Republikaner (REP) mit 7,1 Prozent (6 Sitzen) im Europaparlament vertreten. Damals konnte eine rechtsextreme Partei erstmals bundesweit mehr als fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Rund ein Drittel der Einzüge in deutsche Landesparlamente fand zwischen 1966 und 1968 statt. Dabei errang die NPD in sieben Landesparlamenten insgesamt 61 Mandate. In allen Fällen scheiterte die NPD nach einer Wahlperiode und wurde nicht wieder gewählt. Später gelang es rechtsextremen Parteien teilweise über das Verfallsdatum von einer Legislaturperiode hinauszukommen. So zogen sowohl die REP in Baden-Württemberg als auch die DVU in Bremen zwei Wahlperioden nacheinander ins Landesparlament ein. Auch in Brandenburg wurde die DVU 2004 zum zweiten Mal in den Landtag gewählt.

<b>Chronik des Einzugs rechtsextremer Parteien in Landesparlamente nach Parteien</b>	<b>Chronik des Einzugs rechtsextremer Parteien in Landesparlamente nach Jahreszahlen</b>
1966 NPD in Hessen (7,9% - 8 MdL)	1966 NPD in Hessen (7,9% - 8 MdL)
1966 NPD in Bayern (7,4% -15 MdL)	1966 NPD in Bayern (7,4% -15 MdL)
1967 NPD in Niedersachsen (7,0% - 10 MdL)	1967 NPD in Niedersachsen (7,0% - 10 MdL)
1967 NPD in Bremen (8,8% - 8 MdL)	1967 NPD in Bremen (8,8% - 8 MdL)
1967 NPD in Schleswig-Holstein (5,8% - 4 MdL)	1967 NPD in Schleswig-Holstein (5,8% - 4 MdL)
1967 NPD in Rheinland-Pfalz (6,9% - 4 MdL)	1967 NPD in Rheinland-Pfalz (6,9% - 4 MdL)
1968 NPD in Baden-Württemberg (9,8% -12 MdL)	1968 NPD in Baden-Württemberg (9,8% -12 MdL)
2004 NPD in Sachsen (9,2% - 12 MdL)	1987 DVU in Bremen (3,4% - 1 MdL)
2006 NPD in Meck.-Vorpommern (7,3 % - 6 MdL)	1989 REP in Berlin West (7,5% -11 MdL)
	1991 DVU in Bremen (6,2% 6 MdL)
1987 DVU in Bremen (3,4% - 1 MdL)	1992 REP in Baden-Württemberg (10,9% -15 MdL)
1991 DVU in Bremen (6,2% 6 MdL)	1992 DVU in Schleswig-Holstein (6,3% - 6 MdL)
1992 DVU in Schleswig-Holstein (6,3% - 6 MdL)	1996 REP in Baden-Württemberg (9,1% - 14 MdL)
1998 DVU in Sachsen-Anhalt (12,9% - 16 MdL)	1998 DVU in Sachsen-Anhalt (12,9% - 16 MdL)
1999 DVU in Bremen (3,0% - 1 MdL)	1999 DVU in Bremen (3,0% - 1 MdL)
1999 DVU in Brandenburg (5,3% - 5 MdL)	1999 DVU in Brandenburg (5,3% - 5 MdL)
2003 DVU in Bremen (2,3% - 1 MdL)	2003 DVU in Bremen (2,3% - 1 MdL)
2004 DVU in Brandenburg (6,1% - 6 MdL)	2004 NPD in Sachsen (9,2% - 12 MdL)
	2004 DVU in Brandenburg (6,1% - 6 MdL)
1989 REP in Berlin West (7,5% -11 MdL)	2006 NPD in Mecklenburg-Vorpommern (7,3 % - 6 MdL)
1992 REP in Baden-Württemberg (10,9% -15 MdL)	
1996 REP in Baden-Württemberg (9,1% - 14 MdL)	

## Rechtsextremismus - ein ostdeutsches Phänomen?

Rechtsextreme Wahlerfolge wurden seit Bestehen der Bundesrepublik sowohl in west- als auch in ostdeutschen Bundesländern errungen (siehe Diagramm). In elf von 16 Landesparlamenten waren ein- oder mehrmals rechtsextreme Parteien vertreten. In Ostdeutschland haben die Rechtsextremen nur in Thüringen keinen Landtagseinzug geschafft. In Westdeutschland konnten nur in drei von elf Ländern noch nie rechtsextreme Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten, nämlich in Hamburg, Nordrhein-Westfalen (NRW) und dem Saarland. Damit ist klar, dass Rechtsextremismus kein ostdeutsches Phänomen ist, sondern in ganz Deutschland als Problem ernst genommen werden muss.



Es wäre verfehlt zu glauben, dass nur Rechtsextremismus nur in den Bundesländern existiert, in denen rechtsextreme Parteien die Fünf-Prozent-Hürde bei Landtagswahlen überwinden konnten. So gibt es beispielsweise in NRW und Thüringen auch ohne starke rechtsextreme Parteien in den Parlamenten eine ausgeprägte Neonazi-Szene.

### **Nie im Landtag – keine Gefahr?**

In NRW zogen die Republikaner zwar nie in den Landtag, dafür aber beispielsweise im Jahr 1989 in zahlreiche Kommunalvertretungen (z.B. Köln 7,4 Prozent, Düsseldorf 6,2 Prozent, Dortmund 6,3 Prozent, Gelsenkirchen 7,4 Prozent) ein und errangen 75 Mandate in Gemeinderäten und Kreistagen sowie 44 Mandate in Bezirksvertretungen. Neben diesen rechtsextremen Wahlerfolgen verzeichnete der Verfassungsschutz in NRW auch einen deutlichen Zuwachs von 61,4 Prozent bei den rechten Gewaltdelikten (Zwischenbericht 2006). In der saarländischen Stadt Völklingen erzielte die neu angetretene NPD bei der Gemeinderatswahl 2004 sofort 9,6 Prozent und besitzt nun 5 Mandate im Gemeinderat. Auch für Thüringen gibt es keine Entwarnung. Der jährlich erscheinende „Thüringen Monitor“ wertete 17 Prozent der Thüringer in ihren Aussagen als rechtsextrem und rund 40 Prozent als ausländerfeindlich. Diese herausgegriffenen Beispiele zeigen, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen rechtsextremen Wahlerfolgen und rechtsextremen Einstellungsmustern in einem Bundesland gibt. So weist die Studie „Vom Rand zur Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (2006) den Menschen in Bayern mit 42,4 Prozent fast den höchsten Anteil an Ausländerfeindlichkeit nach – während es in Sachsen mit der NPD im Landtag 24,7 Prozent sind.

### **In Landtag und Kommunalparlament**

Natürlich spiegeln sich rechtsextreme Landtags-Wahlerfolge auch in Kommunalparlamenten wider. So wurde die NPD in 148 von 513 sächsischen Gemeinden mit fünf und mehr Prozent gewählt und erreichte insgesamt 45 Mandate. Dabei konzentrieren sich die Erfolge auf gewachsene Hochburgen. Fest verankert ist die NPD z.B. im Landkreis Sächsische Schweiz, wo sie mit 9,1 Prozent die drittstärkste Fraktion stellt. In Dresden schaffte das von der NPD dominierte "Nationale Bündnis" aus ehemaligen Funktionären der REP, DVU, der Deutschen Partei (DP) sowie Mitgliedern der Vertriebenenorganisation "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) mit reichlich vier Prozent den Einzug in den Stadtrat. Die REP, welche ein weiteres rechtsextremes Wahlbündnis anführten, spielten sogar mit erschreckenden 10,3 Prozent im sächsischen Chemnitz eine Rolle. Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern konnte man deutlich erkennen: Die NPD erzielte ihre besten Ergebnisse dort, wo sie kommunalpolitisch bereits in Verantwortung steht. Auch wenn sich die Arbeit der NPD-Räte in kommunalen Parlamenten nahe am Nullpunkt bewegt, so ist die NPD doch bereits in den Strukturen etabliert und gilt als „wählbar“. Vor ihrem Einzug in den Landtag saß die NPD mit 10 Mandatsträgern in sieben Kommunalparlamenten. Dort hatte sie auch ihre besten Ergebnisse bei den Landtagswahlen. In manchen Orten vereinte die NPD mehr als 30 Prozent der Stimmen auf sich und wurde, wie etwa in Postlow mit 38,2 Prozent, zur stärksten Partei.

### **Neuer Name - alter Inhalt**

Im baden-württembergischen Villingen-Schwenningen bekam die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) im Juni 2004 6,1 Prozent und damit 2 Mandate. Die DLVH entstand durch eine Abspaltung enttäuschter Mitglieder von NPD und REP. Durch Übertritte von Mandatsträgern erhielt sie in den 90er Jahren Landtagsmandate in Bremen und Schleswig-Holstein. Im Kölner Stadtrat bildete sie von 1991 bis 1993 eine eigene Fraktion. Die DLVH unterstützte im Oktober 2004 die Bestrebungen von NPD und DVU für künftige Wahlabstimmungen und engere Zusammenarbeit im Sinne einer "einheitlichen Liste einer vereinigten Rechten" zu den Bundestagswahlen 2006.

### **Statistische Zuordnung**

Außerdem sollte nicht übersehen werden, dass in Deutschland zusätzlich auch Parteien in Landtage gewählt wurden, die üblicherweise nicht als rechtsextremistische Parteien aufgeführt werden, deren politische Programme jedoch rechtsextreme und ausländerfeindliche Züge trugen. Hier sind etwa die Schill-Partei oder die Deutsche Reichspartei (DRP) zu nennen. Bezieht man die Schill-Partei in die Statistik ein, so zogen auch in Hamburg schon Rechtsextreme in den Landtag ein, und zwar mit 19,4 Prozent (25 Sitze) im Jahr 2001. Die DRP erzielte ihre Wahlerfolge in den 1950er Jahren und zog damals in die Landtage von Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bremen ein.

Einzüge von Rechtsextremen in Landesparlamente erzielen größere öffentliche Aufmerksamkeit als Erfolge in Kommunalparlamenten. Dennoch müssen gerade Erfolge auf der kommunalen Ebene mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Gefährliche rechtsextremistische Entwicklungen beginnen lange vor der statistischen Überwindung einer parlamentarischen Fünf-Prozent-Hürde. Rechtsextremismus wächst schleichend aus der Mitte der Gesellschaft.

## Welche Versäumnisse der demokratischen Parteien begünstigen das Erstarken rechtsextremer Parteien?

### **Tendenz zu Verharmlosung und Gleichsetzung**

Viele Facetten der öffentlichen Auseinandersetzung haben zur Verharmlosung des erstarkenden Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft beigetragen. Wahlerfolge rechtsextremer Parteien wurden als vorübergehendes, quasi zufälliges Phänomen kommentiert, als Protestwahl oder häufig auch als lokales ostdeutsches Phänomen.

Besonders problematisch war und ist die Sichtweise der CDU und CSU. Für sie sind die PDS als linksextrem und die NPD als rechtsextrem gleichermaßen bekämpfenswert. Mit solchen Aussagen wird natürlich die Gefahr von rechtsradikalen Parteien heruntergespielt. Heute ist es politisch dringend erforderlich, dass sich alle demokratischen Parteien – auch die PDS – zusammen gegen rechtsextreme Parteien positionieren, anstatt sich in ideologischen Grabenkämpfen zu verlieren, während rechtsextreme Parteien ungestört ihre zunehmend professionellen Strukturen weiter ausbauen.

Verharmlosungen werden auch durch Fehleinschätzungen begünstigt. So ist im Verfassungsschutzbericht 2003 zu lesen: „Das Verbotsverfahren gegen die NPD, das vom Bundesverfassungsgericht im März 2003 eingestellt wurde, hat die Partei organisatorisch und finanziell geschwächt. Sie hat deutlich an Mitgliedern verloren... gelang es ihr nicht, wie in den Vorjahren eine Führungsrolle im so genannten Nationalen Widerstand einzunehmen.“ Nur ein Jahr später mussten wir in Sachsen eine ganz andere Entwicklung beobachten. Heute dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die NPD mittlerweile zur Speerspitze des „nationalen Widerstands“ geworden ist.

### **Entpolitisierte Bildungspolitik**

Kindern und Jugendlichen werden in öffentlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Ausbildungsstätten kaum historische Wissensinhalte und Zusammenhänge vermittelt, die eine exakte Bewertung rechtsextremer Parteiinhalte aber erst ermöglichen würden. Außerdem bieten öffentliche Bildungsstätten keine Anleitung zum Leben in der Zivilgesellschaft und ermutigen nicht zu staatsbürgerlichem demokratischem Selbstbewusstsein. Jugendliche werden nicht ausreichend über ihre Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft aufgeklärt. So lernen sie die Vorzüge unserer demokratischen Gesellschaft nicht kennen und schätzen. Der Trend zu entpolitisierter Bildung ist aufgrund der repressiven Erfahrungen im sozialistischen Schulsystem in ostdeutschen Ländern besonders stark ausgeprägt. Zusätzlich besteht in Deutschland eine extreme Scheu vor dem Thema Heimatverbundenheit, weil der Begriff Heimat aus historischen Gründen oft mit nationalistischen Vorstellungen verbunden wird. Rechtsextreme Parteien haben diese Scheu nicht und bieten dadurch jungen Menschen Identifikationsmöglichkeiten.

### **Politische Fehler vor Ort**

In zahlreichen Orten werden seit Jahren Probleme mit Rechtsextremismus von den öffentlichen Verantwortungsträgern abgestritten oder heruntergespielt, um dem Ruf ihrer Region nicht zu schaden. Wirtschaftliche Interessen – etwa in der Touristikbranche – stehen im Vordergrund. In der Jugendarbeit versagt die örtliche Politik häufig entweder durch Mangel an Interesse oder Geld. Vielfach füllen rechtsextreme Gruppen dieses Vakuum mit Freizeitangeboten für Jugendliche und gewinnen so wie von selbst an Zulauf. Erschütternde Bedenkenlosigkeit zeigt sich darin, dass an diese Gruppen mitunter eher öffentliche Gebäude, etwa Jugendclubs, vermietet werden, anstatt eine Gegenkultur mit eigenen Angeboten aufzubauen. Vielerorts sind die Bürgermeister nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems, wie der Fall Pretzien gezeigt hat. Dort verbrannten Neonazis beim örtlichen Sonnenwendfeuer 2006 das Tagebuch der Anne Frank, und die Dorfgemeinschaft samt Bürgermeister Friedrich Harwig (damals Die Linke.PDS) sah dabei zu und griff nicht ein.

### **Mangel an Glaubwürdigkeit von etablierten Parteien**

Das Erstarken rechtsextremer Parteien ist auch möglich auf dem Nährboden des Verfalls an Glaubwürdigkeit der etablierten demokratischen Parteien. Die Menschen sind verunsichert durch Politskandale und Korruptionsaffären. Vor dem Hintergrund steigender wirtschaftlicher Probleme wird die Politik als schwach, unfähig oder korrupt wahrgenommen. „Die da oben“ sind für Bürgerinnen und Bürger keine echten Ansprechpartner mehr. Die Bürgernähe ist verloren gegangen. Stattdessen beschimpfen sich die demokratischen Parteien bei jeder Gelegenheit gegenseitig und schieben sich die Schuld in die Schuhe. Deshalb haben viele Menschen keine Orientierung mehr, woran sie wirklich glauben können. In diesem Vakuum treten rechtsextreme Parteien mit einfach verständlichen, populistischen Parolen auf und bieten scheinbar eine klare Politik an, die den Einzelnen mit seinen Globalisierungs- und Zukunftsängsten in den Mittelpunkt rückt.

### **Beförderung rechtsextremer Vorurteile**

Leider wirken auch demokratische Parteien bei der Etablierung von Vorurteilen mit. So unterstützt beispielsweise ein Generalverdacht, alle einreisenden Araber seien potentielle Terroristen oder „Fremdarbeiter“ nähmen „deutsche“ Arbeitsplätze weg ausländerfeindliche Vorurteile in der Bevölkerung. Jede Art von grober Verallgemeinerung dient dem rechtsextremen Spektrum, ob es nun um „ukrainische Prostituierte“, „frauenunterdrückende Muslime“, „fanatische palästinensische Selbstmordattentäter“ oder auch den für Rechtsextremismus besonders anfälligen „Jammer-Ossi“ geht. Statt Schlagworten wäre eine Analyse wichtig, welche Strukturen den jeweiligen Phänomenen zugrunde liegen, damit deutlich wird, dass es sich nicht etwa um „rassische Defekte“ handelt, sondern um Folgen politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen.

### **Kurzfristige Symbolpolitik**

Die Politik tut sich schwer, an die grundlegenden Probleme in Politik und Gesellschaft heranzugehen. Das ist bedingt durch den Wahlrhythmus in unserem Land. Das Bestreben, wiedergewählt zu werden, gewinnt häufig die Oberhand über inhaltliche Fragen. Diese Tatsache begünstigt kurzfristige symbolische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die in der folgenden Wahlperiode oft nicht weiter verfolgt werden. Strukturelle Analyse und Veränderung dauert gerade im Bereich Rechtsextremismus länger als vier oder fünf Jahre. Eine Regierung ist jedoch an sichtbaren Erfolgen interessiert, die ihr Wähler verschaffen. Diesem Ansatz wollen wir Bündnisgrüne mit nachhaltigen Konzepten entgegenwirken.

## Rechtsextremismus den Nährboden entziehen – Demokratie stärken

Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien sind erschreckend und zwingen die gesamte Gesellschaft zur Auseinandersetzung. Ignoranz und Verharmlosung sind angesichts eindeutig neonazistischer Äußerungen der NPD in Sachsen (z.B. „Bombenholocaust“ 2005) nicht mehr möglich. Auch als lokales Phänomen kann die Entwicklung nicht mehr betrachtet werden. DVU und NPD haben beschlossen, dass sie künftig „nicht gegeneinander antreten, sondern bei Landtagswahlen, der Bundestagswahl und Europawahl ihre Kräfte vereinigen“ wollen, wie DVU-Chef Frey in den Medien verkündete. Die NPD setzt dabei auf ihr „Drei-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Parlamente“ und den „Kampf um die Köpfe“ beinhaltet. Vor einiger Zeit hat sie ihre Strategie um eine weitere Säule ergänzt, um den „Kampf um den organisierten Willen“. Trotz erfolgreicher Projekte gegen Rechts bauen rechtsextreme Parteien ihren Einflussbereich aus. Wir müssen also noch viel mehr tun, um Demokratie attraktiver zu gestalten.

Der Versuch, rechtsextremistische Parolen mit politisch-korrekten Parolen platt zu machen, wird demokratische Entwicklungen nicht fördern. Außerdem kann man mit dem lautstarken populistischen Ansatz schon allein deshalb nicht siegen, weil Parteien wie die NPD an knackiger Polemik momentan kaum zu übertreffen sind.

### Was haben Politik und die Gesellschaft zu bieten?

Wir leben in einem historisch hart errungenen demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaat. Es ist eine vordringliche politische Aufgabe, den Menschen in diesem Staat – und ganz besonders unseren Kindern und Jugendlichen – glaubwürdig zu erklären, warum Demokratie ein so hohes Gut ist und wie die Gesellschaft ohne Demokratie aussehen würde. Die früheren DDR-BürgerInnen wissen, wie es sich in einer sogenannten „Diktatur des Proletariats“ lebt. Viele Menschen bewiesen im Jahr 1989 ihren Mut zu einer friedlichen gesellschaftlichen Veränderung. Was danach folgte, waren jedoch nicht die von Kohl verheißenen „blühenden Landschaften“, noch dazu nicht „aus der Portokasse bezahlt“, sondern große Orientierungslosigkeit und wirtschaftlicher Verfall. Die Menschen in Ostdeutschland erhielten kaum Anleitung, wie die neue marktwirtschaftliche, demokratische Gesellschaft überhaupt funktioniert. Jüngere Westdeutsche dagegen sind in die Demokratie hineingeboren worden und nehmen sie oft als Selbstverständlichkeit hin, ohne sie als besondere Errungenschaft zu empfinden.

Freude über das Leben in der Demokratie herrscht weder in Ost noch in West. Es dominieren materielle Unzufriedenheit, politischer Frust und Resignation. Obwohl die Demokratie viele Möglichkeiten zum Mitmachen bietet, fühlen sich die meisten Menschen hilflos politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen von oben ausgeliefert. Bei Gesprächen darüber wird immer wieder deutlich, dass das Gefühl, sowieso nichts ändern zu können, viele junge Leute in Deutschland bedrückt. Rechtsextreme Parteien, die einfache Begründungen für Missstände liefern, greifen solche Gefühle auf und bauen die trügerische Vision eines schnellen Auswegs auf. Das verschafft ihnen Zulauf. Dem müssen demokratische Parteien eine Vision gegenüberstellen, die von realistischen und nachhaltigen Konzepten getragen wird.

Rechtsextremismus ist in seinen Grundaussagen undifferenziert und demagogisch. Das demokratische Gegengewicht muss differenziert und ehrlich sein. Dieser Herausforderung haben sich alle demokratischen Parteien zu stellen.

## Welche Ansätze zur nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft gibt es?

An zahlreichen Orten arbeiten Akteure gegen Rechtsextremismus, teilweise ohne voneinander zu wissen. Es gibt keinen zentralen Informationsdienst, bei dem die Fäden zusammenlaufen. Dies ist auch gar nicht möglich, da es gerade in der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus auf tägliche Zivilcourage und ortsspezifische Aktivitäten ankommt. Die Politik kann hier nur die Rahmenbedingungen schaffen. Die folgende Auflistung zeigt ausgewählte Ansatzmöglichkeiten für Menschen, die sich für unsere Demokratie engagieren wollen. Sie soll ein Beitrag sein zur besseren Vernetzung von Aktivitäten. Es werden daher auch Ansprechpartner oder Internetlinks ausgeführt.

### **Bündnis 90/Die Grünen gegen Rechtsextremismus**

#### **Kommission „Rechtsextremismus“**

Nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen beschloss der Bundesvorstand von Bündnis90/Die Grünen am 25. Oktober 2004, eine Kommission „Rechtsextremismus“ einzurichten. Sie tagt unter Leitung der Bundesvorsitzenden Claudia Roth. In der Kommission arbeiten gesellschaftliche VertreterInnen von Bundes- und Länderebene sowie von Initiativen zusammen. Das liefert einen sehr wichtigen Beitrag zur Vernetzung.

Ansprechpartnerin: Claudia Roth ([buero.roth@gruene.de](mailto:buero.roth@gruene.de))

#### **Bildungsoffensive gegen Rechts**

Die Bildungsoffensive gegen Rechts wurde von der GRÜNEN JUGEND im März 2005 gestartet. Sie zeigt auf, wie man Rechtsextremismus erkennt und gegen ihn angeht. Gemeinsam mit den Ortsgruppen und Landesverbänden werden mit Seminaren und Aktionen junge Menschen angesprochen. Dafür wurden eine Rechtsextremismus-Broschüre sowie Standard-Vorträge und Muster-Pressemitteilungen erstellt.

Ansprechpartner: Sebastian Brux ([sebastian.brux@gruene-jugend.de](mailto:sebastian.brux@gruene-jugend.de))

Internetlink: <http://www.gruene-jugend.de/aktuelles/rechtsextrem/index.html>

#### **Informationsmaterialien aus unserer Fraktion**

Viele Anfragen haben gezeigt, dass in der Bevölkerung, aber auch innerhalb der Parlamente, Verunsicherung darüber herrscht, welche Strategien im Umgang mit Rechtsextremisten sinnvoll und Demokratie stärkend sind. Im „Themenspecial Rechtsextremismus“ auf unserer Fraktionsseite kann man sich erste Anregungen holen. Dort ist es auch möglich, das Faltblatt „Extrem gegen Rechts“ zu bestellen. Spezielle Fragen bearbeitet die Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus Monika Lazar.

Ansprechpartnerin: Monika Lazar ([monika.lazar@bundestag.de](mailto:monika.lazar@bundestag.de))

Internetlinks: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen\\_recht/rubrik/1/1129.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen_recht/rubrik/1/1129.htm) und [www.monika-lazar.de](http://www.monika-lazar.de)

#### **Infotour gegen Rechtsextremismus in Deutschland**

Im Rahmen ihrer Arbeit als Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus besucht Monika Lazar ost- und westdeutsche Landesverbände, Initiativen und lokale Akteure, die gegen Rechtsextremismus aktiv Stellung beziehen und unsere Demokratie stärken wollen. Ziel der Infotour sind der Austausch von Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und das Sammeln von Erfahrungen vor Ort.

Ansprechpartnerin: Monika Lazar ([monika.lazar@bundestag.de](mailto:monika.lazar@bundestag.de))

Internetlink: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen\\_recht/dok/181/181187.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen_recht/dok/181/181187.htm)

## **Der Bund gegen Rechtsextremismus**

### **Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“**

Dieses Programm startete im Januar 2007 und wird inhaltlich vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) gesteuert. Es knüpft teilweise an die Erfahrungen aus den rot-grünen Programmen „Civitas“ und „entimon“ an und versucht, Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung umzusetzen. Der früher sehr erfolgreiche zivilgesellschaftliche Ansatz wird jedoch in der abgewandelten Konzeption nicht aufrechterhalten. Förderfähig sind die Entwicklung integrierter lokaler Strategien in kommunaler Verantwortung, themenbezogene Modellprojekte, Programmevaluationen und Kampagnen zur Aufklärung und Information. Zielgruppen sind junge Menschen, gefährdete Jugendliche, Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen. Für das Programm stellt der Bund jährlich 19 Millionen Euro zur Verfügung.

Internetlink: <http://www.jugendstiftung-vielfalt.org/>

### **Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“**

Das Programm fördert aktuelle Kriseninterventionen vor Ort. Es können dazu sog. Mobile Interventionsteams gebildet werden. Zudem sollen neue Beratungsansätze modellhaft entwickelt erprobt werden. Informations- und Erfahrungsaustausch, Qualifizierung der Interventionsteams sowie Programmevaluierung sind ebenfalls Ziele der Förderung. Es ist zu hoffen, dass dabei das gewachsene Know-how von Expertinnen und Experten aus den Programmen „Civitas“ und „entimon“ einbezogen wird. Zielgruppen sind Betroffene und/oder die örtlich Zuständigen in einer krisenhaften Situation mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund. Der Bund stellt für diese Maßnahmen jährlich fünf Millionen Euro bereit.

Internetlink: [www.BMFSFJ.de](http://www.BMFSFJ.de)

### **Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt**

Das Bündnis bündelt die demokratischen Kräfte, die sich gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stellen. Es wurde im Jahr 2000 am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, gegründet. Ziele sind Dokumentation, Beratung, Beteiligung an Aufklärungskampagnen sowie Vernetzung zwischen Gruppen. Obwohl das Bündnis durch eine Initiative des Deutschen Bundestages entstanden ist, gehören ihm nicht nur Personen aus allen im Bundestag vertretenen Parteien, sondern auch aus Kirchen, Nicht-Regierungsorganisationen und Wissenschaft an. An jedem Jahrestag der Gründung wird die Arbeit des Bündnisses präsentiert. Dabei zeichnet das Bündnis mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ vorbildliche zivilgesellschaftliche Aktivitäten aus. Unter dem Motto „Kreativ für Toleranz“ fordert das Bündnis außerdem seit 2000 jedes Jahr mit dem Viktor-Klemperer-Wettbewerb Jugendliche auf, sich mit den Themen Demokratie und Toleranz kreativ zu beschäftigen. Dazu können sie unterschiedliche Medien und Darstellungsformen wählen.

Internetlinks: [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de) und [www.viktor-klemperer-wettbewerb.de](http://www.viktor-klemperer-wettbewerb.de)

### **Bundeszentrale für politische Bildung**

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) fördert demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, indem sie mit Veranstaltungen sowie Print- und Online Angeboten aktuelle und zeitgeschichtliche Themen aufgreift. Im Münchner Manifest von 1997 wurden die Ziele der politischen Bildung konkretisiert, amtlich definiert sind die Aufgaben im „Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 24. Januar 2001“. Darin heißt es im §2: „Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“ Zu den Schwerpunkten der Bundeszentrale gehört auch die Aufklärung über geschichtliche Hintergründe bei der Entwicklung des Rechtsextremismus. Der Etat liegt im Jahr 2007 bei über 36 Millionen Euro.

Internetlink: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

## **Forum gegen Rassismus**

Im "Europäischen Jahr gegen Rassismus" 1997 begann ein internationaler Dialog zwischen staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zum Problem des Rassismus. Dieser Dialog wird seit März 1998 im nationalen deutschen Folgegremium "Forum gegen Rassismus" fortgesetzt und weiterentwickelt. Daran sind circa 80 Organisationen beteiligt, darunter 60 bundesweit bzw. überregional tätige NGOs, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt einsetzen. Die geschäftsführende Arbeitsgruppe besteht aus sechs Personen – drei aus dem Bundesinnenministerium und drei von NGOs. Das Forum fungiert auch als "Nationaler runder Tisch" im Sinn der Grundsätze der "Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" (EBRF) in Wien.

Internetlink: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

## **Die Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus**

### **Amadeu Antonio Stiftung**

Die Amadeu Antonio Stiftung reagiert auf eine rechtsextreme Alltagskultur. Ziel der Stiftung ist es, eine zivile Gesellschaft zu stärken, die dieser Entwicklung entgegentritt. Dafür werden Initiativen und Projekte unterstützt, die kontinuierlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen, sich für demokratische Strukturen und den Schutz von Minderheiten engagieren. Schwerpunkt ist dabei die finanzielle und fachliche Unterstützung einer Vielzahl von lokalen Initiativen und Projekten in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und -hilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Die Stiftung stellt auch die Internetplattform „Mut gegen rechte Gewalt“ bereit, die ständig aktuell über das Thema Rechtsextremismus informiert.

Internetlinks: [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de) und [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

### **F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz**

Die 2001 mit einem Startkapital von zehn Millionen DM gegründete Stiftung widmet sich der Förderung von Toleranz und internationaler Gesinnung auf allen Gebieten der Kultur und der Völkerverständigung. Damit leistet sie einen Beitrag gegen Intoleranz, Rechtsextremismus, Fremdenhass und Gewalt. Gefördert werden in der Regel nur juristische Personen oder rechtsfähige Vereine in den neuen Bundesländern. Im Fokus stehen Kinder und Jugendliche zwischen fünf und fünfzehn Jahren.

Internetlink: <http://www.stiftung-toleranz.de/flickstiftung/>

### **Aussteigerinitiative EXIT**

EXIT ist eine Initiative, die Aussteigern aus der rechtsradikalen Szene Hilfe anbietet. Sie wurde im Jahr 2000 von Ex-Kriminaloberrat Bernd Wagner und Ex-Naziführer Ingo Hasselbach gegründet und arbeitet eng mit anderen Initiativen und Stiftungen zusammen. EXIT vermittelt Nazi-AussteigerInnen Kontakte und gibt praktische Hilfen.

Internetlink: [www.exit-deutschland.de](http://www.exit-deutschland.de)

### **Fonds „Erinnerung und Zukunft“**

Der Auftrag des Fonds besteht darin, Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen der Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gesellschaft, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewalt sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen. Aus den Stiftungserträgen fördert der Fonds mit jährlich rund sieben Millionen Euro vorrangig internationale Programme und Projekte, die Brücken nach Mittel- und Osteuropa, Israel und in die USA bauen.

Internetlink: <http://www.fonds-ez.de/>

### **crossover – Demokratie ist Pop**

Die Initiative ist ein Angebot für alle Menschen, die sich über Rechtsextremismus und demokratische Gegenstrategien informieren wollen. Es trägt zur politischen und interaktiven Bildungsarbeit besonders an Schulen und Jugendeinrichtungen bei. LehrerInnen,

SchülerInnen, Eltern und andere finden hier Basisinformationen und Anregungen für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Haltungen. Dabei wird für das Überschreiten von Grenzen – crossover – geworben, damit Menschen trotz ihrer Verschiedenheit eine Verständigungsbasis finden. "Demokratie ist Pop" erhielt aktuell vom "Bündnis für Demokratie und Toleranz" eine Anerkennungsurkunde als vorbildliches Projekt für Integration sowie gegen Diskriminierung und Extremismus.

Internetlink: <http://www.demokratie-ist-pop.de/>

### **jugendinfo – gegen – rechts**

Ziel der Seite ist die Stärkung von Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit. Dort findet man Informationen über Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fachbegriffe, Beratungsstellen usw. Die Zielgruppe ist im Alter von 14 – 27 Jahren. Das Redaktionsteam setzt sich aus Jugendlichen und ExpertInnen zusammen. Themenschwerpunkte, Design und viele Artikel wurden in mehreren workshops von jungen Leuten entwickelt. Die Geschäftsstelle der Initiative befindet sich in Bremen.

Internetlink: <http://www.jugendinfo-gegen-rechts.de/>

## **Die Europäische Union gegen Rechtsextremismus**

Obwohl sich die Programme der Europäischen Union (EU) nicht direkt auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus berufen, werden sie hier aufgeführt als Initiativen, die einem rassistischen, fremdenfeindlichen und diskriminierenden Menschenbild entgegenwirken. In diesem Zusammenhang vergibt die EU Fördermittel in verschiedenen Programmen. Dazu gehören:

- Jugendprogramm / Internationale Jugendbegegnungen
- COMENIUS (Schulbildung) mit Schwerpunkt „Bekämpfung von Rassismus“
- EQUAL gegen Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt
- XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt (Internetlink: [www.xenos-de.de](http://www.xenos-de.de))
- Aktionsprogramm Bürgerbeteiligung zur Förderung von Initiative und Teilhabe von BürgerInnen sowie Förderung des Austausches zwischen BürgerInnen und Organisationen
- Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt
- Forschungs- und Bewertungsprogramm zur Achtung der Grundrechte

Internetlink: [www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int) und

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen\\_recht/dokbin/67/67514.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen_recht/dokbin/67/67514.pdf)

Viele Menschen engagieren sich gegen Rechtsextremismus, wie die aufgeführten Beispiele zeigen. Es wird nun darauf ankommen, dass die verschiedenen Akteure auf allen Ebenen sich nicht gegeneinander profilieren, sondern miteinander kooperieren und sich vernetzen, um die Bemühungen der gemeinsamen Gegner im rechtsextremistischen Lager wirkungslos zu machen. Geschlossenes Vorgehen öffentlicher Akteure aus Politik und Gesellschaft wird auch die Menschen im Land ermutigen, im täglichen Leben Zivilcourage zu zeigen und für demokratische Grundwerte einzustehen. Ein sichtbarer Konsens demokratischer Kräfte in Deutschland kann als Vorbild auf Kinder und Jugendliche wirken und ihnen demokratische Einstellungen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nahebringen. Nur so kann sich aus unserer Gesellschaft heraus eine nachfolgende Generation entwickeln, die sich Demokratie nie mehr nehmen lassen will.

Stand Mai 2007